

**Die Wahlen in der Sozialdemokratie erfolgt, wenn die ungesehene Verfälschung des Stot und Verschwendungen der deutschen Arbeiterschaften und der breitesten Schichten des wirtschaftlichen Volkes, ist gekennzeichnet durch den Widerstand der sozialistischen Klassen in Reich, Ländern und Gemeinden, in gekennzeichnet durch jünger, Verzweigung und Elend auf der einen Seite und zwischen proletarischer Schwäche und Vorherrschaft auf der anderen Seite.**

In dieser Situation bauen die Kommunisten den Zusammenschluss der neu gewählten Kommunalparlamente, um ihren Appell an die Massen des arbeitenden Volks zum gemeinsamen entschlossenen Kampf gegen das System des Hungers und Elends, für den revolutionären Ausweg aus dem kapitalistischen Zusammenbruch zu verstehen und die arbeitenden Massen unter diesem Kampftrot und unter ihrer Führung zu sammeln. Diesem Appell zur außerparlamentarischen Mobilisierung der Massen für den revolutionären Kampf dienen die Forderungen, die die Kommunisten im Namen der hunderttausende Notleidenden, Verelendeten und Vermögenslosen in den neuen Gemeindeparlamenten erhaben und weiter Durchsetzung für mit den Massen kämpfen werden.

Die Sozialdemokratie hat anders Sorgen. Ihre Sorgen sind die Verfolgungen um die Erhaltung ihrer kommunalen Freunde und Freien, um die sie angekündigt haben, ihres Wahlrechts und ihres Einflusses in den Kommunalparlamenten in ernsthafte Angst geraten ist. Im Dienste dieser Verfolgungen um den Verlust kommunaler Freien standen schon die ersten Manöver der Sozialdemokratie nach den Kommunalwahlen, das homologische und verzogene Gedanke vom "Sieg des Gesamtsozialismus", von der "Erobierung marxistischer Machtstellen" u. a. m.

Die Sozialdemokratie verucht daher gegenwärtig fleißig und verzweifelt, die Zustände der Präsidialwahlen in den ersten Sitzungen der neu gewählten Gemeindeparlamente auszuwählen, um für neue demagogische Einheitsfrontmonde auf parlamentarischer Basis Stimmung zu machen. Nicht mehr und nichts weniger propagiert dabei die Sozialdemokratie, als den parlamentarischen Block der RPD mit den Vertretern der Sozialdemokratie in den Gemeindeparlamenten. So wird in einem offiziellen Dokument der Sozialdemokratie schlicht und einfach vorgeschlagen:

"dass die sozialdemokratische und kommunistische Fraktion bei der Belebung des Präsidiums eine Einheitsfront bilden und

## Bestien!

Die Sitzung des der SED-Jungs zum Opfer gefallener Gentil hat angegeben, dass es vor seiner Ermordung noch durchbare Quellen existieren haben mögen. Die Hände des Toten sind geschrumpft, kein Gesicht, ein entzückt verzerrt, kein Todeskampf mehr schaudhaft gewesen sein. Es kann nicht mehr daran gezwungen werden, dass heimlich vor seiner Ermordung an Söhnen und Jüden geschnitten und dann regelrecht abgeschossen wurde. Ob er schon tot war, als man ihn in die Sattleinwand stieß und in die Zellippe warf, ist ungewiss.

Die Mörder werden immer noch als hervorragende Mitglieder und Ehrenväter der SED in Dresden geführt. Die Dresdner SED-Zeitung hat gelern im "Freiheitskampf" eine Ausgabe veröffentlicht, die allen SED-Deutschland verhüllt, sich an der Beilegung des ermordeten SED-Mannes heimlich zu beteiligen. Obwohl man ein deutlicheres Schuldengeständnis kaum erwarten kann, bringt dieselbe Mörderbande es fertig, auf dem Brauhaus-Haus in Dresden die Hakenkreuzfahne auf Hasbmast zu legen — aus „Tatzen“ am heimlich!

Nach über die Zukommenlegung eines proletarischen Präsidiums aus Vertretern der SPD und RPD verhindern. Eine solche gemeinschaftliche Beilegung des Präsidiums kann und muss die Grundlage werden für eine weitere und planmäßige Zusammenarbeit der Einwohnerheit für die Lebensinteressen der schaffenden Bevölkerung."

Da haben wir alles beisammen: den Ruhthandelsverein, die parlamentarische Einheitsfront, das sozialistische Präsidium und die „Zusammenarbeit der Einwohnerheit“. Ja, da haben wir noch etwas mehr: das gleichermaßen eindeutige Angebot auf die Bildung des parlamentarischen Blocks“, auf die Einfluss- und Arbeitsgemeinschaft zwischen RPD und SED. Es lohnt sich daher, auf diese Frage hier ausführlicher einzugehen.

Die Zukommenlegung der Kommunalparlamente in Sachsen hat durch die Wahlen am 18. November eine materielle Verbesserung insofern erreicht, als in fast allen Parlamenten die Rationalsozialisten, die Vertreter des offenen sozialistischen Gewaltzuges gegen die Arbeiterschaft, zur stärksten Partei des Bürgertums geworden sind. Diese Tatsache stellt auf die Schlagnahme und Initiative, aber auch auf die politische Wendigkeit, Einfügigkeit und Manövriertüchtigkeit unserer Partei bei ihrem politischen Kampf in den Kommunalparlamenten, der nur ein Teil des gesamten Kampfes gegen die faschistische Diktatur und das kapitalistische Systems ist, erhöhte Anforderungen an der anderen Seite bestätigt. Das, was wir bereits auf dem 3. Bezirksparteitag unserer Partei in Sachsen feststellten, nämlich:

„dass der Kampf gegen die Sozialdemokratie gerade in der gegenwärtigen Stunde nicht leichter wird, sondern immer schwieriger.“

Die Kommunisten werden diesen Bedingungen der erhöhten Schwierigkeit des Kampfes gegen Nationalsozialismus und Sozialfascismus bei ihrem Kampf in den Kommunalparlamenten, der allein bestimmt wird von den Interessen aller Arbeiter und Werktätigen, der ihren politischen und sozialen Errichtungen in den Kommunalparlamenten Rechnung tragen. Die Kommunisten werden in den Gemeindeparlamenten, wo sie bald in der Lage sind, unter bestimmten Voraussetzungen und Forderungen verbündet, sich die Vertreter des offenen arbeiterdemokratischen Mordfascismus des Präsidiums der Stadtverordnetenparlamente in den großen Arbeitersiedlungen und Arbeitersiedlungen verbinden, um die Politik des Präsidenten und der RPD zu unterlaufen, weil wie als revolutionäre Partei des Proletariats die Blockbildung mit der RPD, der sozialen Hauptfigur der bürgerlichen Diktatur in Deutschland abliegen, darum beschwören die sozialdemokratischen Führer zum bürgerlichen Volk den Zorn der Arbeiterschaft auf unter Hauptbedarf der Arbeiterschaft, von der die sozialdemokratischen Führer erhoffen, dass sie nichts anderes will, als das wir, die Kommunisten, uns zum Kompasson der sozialdemokratischen Politik des Bereichs an den Interessen der Arbeiterschaft machen. Die Arbeiterschaft will etwas anderes und erwartet von der RPD etwas anderes, als parlamentarische Blockpolitik mit der Partei der Rote, Jäger, Flehner und Seipert. Daß dem so ist, das beweisen die läufigen Kommunalwahlen, die ein so glänzendes Kennzeichen der sozialen Arbeit für die Politik der RPD erbracht haben.

Unsere politischen und sozialen Entwicklungen in den Kommunalparlamenten werden allein bestimmt von dem Gesichtspunkt der Zukommenlegung der Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung. Dies unsere Politik fordert nicht die geringste Absehung, sondern Verstärkung des sozialistischen und politischen Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Da es notwendig, dies noch ausdrücklich zu betonen? Da es notwendig, zu sagen, daß unser Kampf gegen Nationalsozialismus und Sozialfascismus, gegen die kapitalistische Staatsverschuldung und gegen die kapitalistische Politik der Nachschließung, Sicherung und Erhaltung dieser Staatsverschuldung jede Blockpolitik mit der Sozialdemokratie, jede Klientel und Arbeit-

## Neue Hungerdemonstrationen im Reich

In Berlin kam es gestern erneut an vielen Stellen der Stadt zu langer Hungerdemonstrationen der Erwerbslosen.

Im Königsstil der Brunnenschule machte der Blitze gemäßigt bekannt, daß eine Winterhilfe nicht gegeben würde. Eine Massendemonstration der Erwerbslosen zwang den Bürgermeister zur sofortigen Ausschaltung einer Winterhilfe aus 4 Blitzen für Hauptunterstützungskasse und 2 Blitzen für jeden Ausgangskasse.

Am Dienstag forderte eine Massendemonstration der Erwerbslosen in Ellingen (Württemberg) Winterhilfe. Die eingesetzte Polizei war gegenüber der Menge weich.

Im Arbeitsamttag der Katholischen Caritasverbände in Wuppertal traten die Jungarbeiter für tarifliche Bezahlung in den Streit, worauf das Lager aufgelöst wurde. In geschlossener Demonstration zogen die Jungarbeiter unter Arbeitsamt und ergangen die Auszahlung ihrer Unterhaltung.

In Wandsbek schmäleren die Erwerbslosen einen Weihnachtsbaum mit Sternenfackeln, Gummiringen, einem mageren Weihnachtsmann, einem Gas-Schlauch und einem Haar zertifizierten, von der Winterhilfe gespendeten Schuh. Gerne hatten sie viele Jetzett mit der Aussicht: „Wir wollen nicht hungern! Wir fordern Arbeit und Brot“ aufgehängt. Die Polizei verzichtete den Baum zu belagern. Deutliche Demonstrationen werden aus anderen Orten gemeldet, wo man auch die Bildung Schleicher, Hindenburg und Hitlers am Baum aufzündete.

In Cimbittel bei Hamburg kam es zu Hungerdemonstrationen, bei denen die Polizei schwach schlug.

Im Märkte (Kuhgebieß) demonstrierten über 300 Erwerbslose, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Ein Mahlzeit wurde abgesagt und es wurde weitere Zeit, die aber unter dem Druck der Massen wieder freigesetzt wurde.

Im ganz Deutschland liegt die Spannung gegen das Regime, das durch die letzten Abschreibungen der Sozialversicherung noch weiter verschärft wurde. Immer weiter müssen die Massen der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter zusammen, um den Kampf gegen Hunger und Tod, für den sozialistischen Ausweg aus der kapitalistischen Krise zusammenzutun.

## Benzoe-Säure in die Margarine

Übereinstimmend erklärten Lebensmittelfachleute, wenn wie vorgesehen, die minderwertige Butter der Margarine begünstigt wird, die Margarine in wenigen Tagen vergiftet wird. Nun wird dazu „von zuständiger Stelle“ mitgeteilt, schon bisher der billige Margarine, um ihr Konkurrenz zu verhindern, Benzoe-Säure beigemischt worden sei. Man kann eben der ganzen Margarine Benzoe-Säure beimessen. Zwar wird auch das nicht gegen das Rauchwerben helfen. Ist es nicht ein Wahnsinn, den Lebensmitteln solche schädlichen Produkte beizumischen, anstatt die unverträgliche Butter den Arbeitslosen und sonstigen Notleidenden zu geben?

Hier mit den Lebensmittelvertreten für die Arbeitslosen:

## Werttätige Ausländer werden verjagt

Massenauweisungen in Berlin. SPD-Severing, der Vater dieses Skandals

Berlin, 20. Dez. (Eig. Draht.)

Das Berliner Volkspräsidium hat jedoch auf Grund einer Verordnung des Sozialdemokraten Severing einer Reihe von Werttätern, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, ihre besondere Ausweisung mitgeteilt. Wie wir erfahren, befinden sich unter den von der Ausweisung betroffenen unter vielen anderen auch der unter dem Namen Bi bekannt und beliebte Schriftsteller Bittner und der Gerichtsberichterstatter Poppo.

Täglichlich wird betont, daß Österreich zu Deutschland gehört, aber wenn es sich um werttätige Österreicher handelt, wie zum Beispiel bei Bittner und Poppo, behauptet man sie als Ausländer. Dabei ist Bittner schwer angestraft. Ebenso kann Bittner in die Ausweisung des Arbeiters Bittner aus Görlitz, der wegen Abwehr eines Faschistenangriffes zu Güngniss verurteilt aber amnestiert worden war. Nunmehr befindet er sich in Ausweisungshaft im Untersuchungsgefängnis.

So ist die proletarische Pflicht der deutschen Werttäten, ihrer Solidarität mit den ausländischen Schriftstellerinnen und Schriftstellern und fröhlichen Ausbruch zu geben und sie gegen die deutsche Reaktion zu führen. Poppo muß darauf hingewiesen werden, daß Severing dieses Schweiß geschmiedet hat, das heute gegen die werttätigen Ausländer gewütet wird. Am 11. Mai 1932 erlicherte er eine Verordnung, nach der für ausländische Arbeiters und Angehörige eine besondere politische Aufenthaltsverlängerung vorgeschrieben wird. In der Severingverordnung heißt es möglich:

„Diese Aufenthaltsverlängerung wird verweigert, wenn der betreffende Ausländer sich körperlich gemacht hat, oder wenn es sich um politisch gefährliche und die Gewaltbeherrschung mißachtende Ausländer handelt.“

Es heißt also heraus, daß Severing der Vater der Massenauweisungen ist. Auf Grund dieses Gesetzes geht er mit der Reaktion gegen die RPD vor. Er hebt Protest gegen die Diktaturierung der in Deutschland anständigen ausländischen Proletarien. Rottke unbeschranktes Unrecht für Emigranten.

## Textil-Unternehmer fordern neuen Lohnabbau

Die Textilindustriellen haben für das Staatsbetrieb Gladdbach-Rheindorf und Berlin die Sohn- und Mietensätze zum 28. Januar 1933 gefestigt. Das Ziel der Unternehmer ist die Herabsetzung eines neuen Lohnabbaus.

35 000 Textilproleten des Gladdbach-Rheindorf Gebietes sind entweder Lohnabbau bedroht. Durch die unter NSD-Führung durchgeführten Stells gegen sozialverschuldeten Lohnabbaus wurde den Industriellen Textilproleten im Oktober und November ihr letziger Sohn erhalten. Die geplante Notverordnungslohnabbausoffensive konnte durch die Aktivität der RPD und den Massenüberstand der Belegschaften erfolgreich zurückgeschlagen werden.

Der Vorstoß der linksrheinischen Textilbarone läßt nicht einen einzigen Lohnraubversuch an der gesamten deutschen

Werttäterschaft an, gegen den sich die Belegschaften rütteln. Die reaktionären und christlichen Gewerkschaftsführer haben in den vergangenen Kämpfen sich oft als Streitbrüderorganisationen enttarnt. Die Textilarbeiter und -arbeiterinnen haben jetzt alle Kampferfahrungen auszuweiten. Es gilt, jeden in allen Betrieben vorbereitende Kampfausfälle zu wählen und die Einheitsfront aller organisierten und unorganisierten Kollegen und Kolleginnen gegen das Unternehmertum und die kapitalistische Gewerkschaftsbürokratie, für die eigenen Rechten, zu erringen, herzustellen.

## Die Verziehung bei den Nazis frißt weiter

Der Reichsjugendring der Nazis, der vom 30. Dezember zum 4. Januar in Görlitz stattfinden sollte, ist plötzlich abgesagt worden. Zweifellos will jetzt jede Zusammenkunft von Funktionären verhindert. Tatsächlich steht immer weitere Kreise, denn es ist klar, daß das Abzugehen auf dem Jugendtag auf die Differenzen im Lager der Hitlerjugend zu führen scheint. Aber mit solchen organisatorischen Verzerrungen wird die Verziehung nicht aufzuhalten sein.

## Inhaltloses „Geschenk“ an den Mittelstand

Durch eine Notverordnung hat die Schleicherregierung erordnet, daß jetzt überhaupt keine Einheitspreisrabatte mehr ausgehen dürfen. Sicher war die Erteilung nur in Städten unter 100 000 Einwohnern verboten. Jetzt ist dies nun auch auf die Großstädte ausgedehnt worden.

Die Notverordnung ist ein Verlust, den Mittelstand aufzubringen den nationalsozialistischen, zu fördern. Die Kapitalistin ist nicht die Einheitspreis-Gebiete, sondern die Hauptstadt für den Ruin des Mittelstandes, sondern das Monopol. Durch das Verbot neuer Einheitspreis-Gebiete werden Mittelständler ihre Schulden nicht abgenommen, während Kaufleute der breiten Massen nicht gehoben. Und solange Millionenarbeitslosigkeit besteht, wird der Ruin des Mittelstandes weiter um sich greifen.

## Panzertreuer Botenlin verboten

Die Berliner Börsen-Zeitung vom 28. Dezember, das einzige Organ der deutschen Imperialisten, meldet triumphierend:

„Die Polizeidirektion München hat die Auflösung des Chefredakteurs „Panzertreuer Botenlin“ verboten, weil das Werk seinem ganzen Inhalt nach die Verherrlichung der proletarischen Revolution sowie der Propagierung des bewaffneten Aufstandes und als Hilfsmittel der kommunistischen Befreiungskampf im Heer und Marine angesehen ist.“

Fortsetzung von der ersten Seite)

deutschen Kongress des Bundes der Freunde der Sowjetunion zu diesem Bund übergetretener Dresden Naziflüsterer läuft.

Seinen Übertritt war am 12. November dieses Jahres erfolgt. Einige Tage später wurde dies in unserer Zeitung und wiederum lange Zeit darauf stieg ein anderer als der Führer des Dresden Nazismuskamms, Schenk, bei der Landesleitung des Bundes der Freunde der Sowjetunion in Leipzig an und „arbeitet“ (natürlich vergeblich) Namen und Zeichen des Übergetretenen GL-Mannes.

Sogar wohl? Das ist noch allem, was wir in den letzten Wochen über diesen Nordbanditen Schenk geschrieben haben nicht mehr schwer zu lagern. Es ist ganz klar, doch hier ein weiterer Jesamord geplant gewesen

ist, bei welchem der Nazisturriführer „darauf glauben“ will. Es hat es bis Nordbande ohne Zweifel bestätigt gehabt, denn Nachrichtenrumm ja auch jetzt noch besteht.

Um heutigen Freitag gibt es — wie wir von wohlvertrauter Stelle erhielten — diese Gemeindebericht, genannt Reichsrichterkammer, sogar ein Schließblatt bei einer „internen“ Zeitung. Der an Stelle des früheren Nordbanditen Schenk eingesetzte neue Sohne dieser Kolonne ist der GL-Mann Josef.

Es ist für das große Zutun, daß diese Bande wohl nicht gegen Urrecht in die Vollzeit legt, bestimmt, doch sie sich derart unverstört zur Feier ihrer „Heldenfeiern“ zusammenfindet.

Gleichzeitig kommen aber immer größere Massen von Nationalsozialisten aus der Sowjetunion, doch sie in der Rüstung für das Kapital mitstaucht werden. Es ist kein Zufall, daß die Zahl der Ausreisenden aus der RSDA von Tag zu Tag größer wird. Das ist ziemlich ein unabwendbarer Beweis für die wachsende Befreiung im Deutschen Reich, für die ja auch die Sowjetunion und Werke ein Kompon ist.